



# Die SED



Berliner Beauftragter  
zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur

BERLIN





Berliner Beauftragter  
zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur

Titelbild:

Wilhelm Pieck (l.) und Otto Grotewohl, die beiden neuen Vorsitzenden der SED, besiegeln am 22. April 1946 im Admiralspalast mit ihrem Händedruck symbolisch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD.

## INHALTSVERZEICHNIS

Was war die SED?	4
Die Entstehung der SED – Zwangsvereinigung von KPD und SPD	6
Zentrale Parteistrukturen	9
Lokale und regionale Parteistrukturen	12
Die SED und ihre Mitglieder	15
„Die Partei hat immer Recht!“	18
Montag ist Parteiversammlung!	20
„Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!“	21
Die „Sozialistische Einheitspartei Westberlin“ (SEW)	24
Das Ende der SED	25

## WAS WAR DIE SED?

Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ – SED – existierte von 1946 bis 1989. Sie baute in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine Diktatur auf. Die Partei übte die „führende Rolle“ in Staat und Gesellschaft aus und erhob einen totalen Machtanspruch. Diesen verankerte sie 1968 in der Verfassung der DDR. SED-Parteimitglieder besetzten alle wichtigen Funktionen und Ämter. Mit Hilfe dieser Funktionäre konnte die Partei fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens kontrollieren und nach ihren Vorstellungen gestalten. Dabei halfen auch die vielen Mitglieder: Ende der 1980er-Jahre waren es rund 2,3 Millionen. Damit war in der DDR jeder sechste Erwachsene in der SED organisiert. Ideologisch und organisatorisch orientierte sich die SED an der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU). Die offizielle Staatsideologie der Sowjetunion und der DDR war der Marxismus-Leninismus. Die Basis dieser Ideologie waren die Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. Der sowjetische Kommunist Wladimir Iljitsch Lenin passte diese an die Rahmenbedingungen des frühen 20. Jahrhunderts an. Seiner Ansicht nach,



XI. Parteitag der SED  
am 17. April 1986 im Palast  
der Republik in Ost-Berlin.  
Im Hintergrund sind Karl Marx,  
Friedrich Engels und Wladimir  
Iljitsch Lenin zu sehen.

### KONTEXT

**Mirko Drotschmann  
zu Kommunismus,  
Sozialismus und  
Bolschewismus**



[https://www.youtube.com/  
watch?v=bmhVLGWszQc](https://www.youtube.com/watch?v=bmhVLGWszQc)

bedurfte es einer straff organisierten Partei, um die Arbeiterklasse zu führen. Nur so könne der Kapitalismus überwunden werden. KPdSU und SED erhoben den Anspruch, mit dem Marxismus-Leninismus ein wissenschaftliches System zur Verfügung zu haben, das zukünftige Entwicklungen vorhersehbar und beherrschbar mache.

## DIE ENTSTEHUNG DER SED – ZWANGSVEREINIGUNG VON KPD UND SPD

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Sowjetunion im Juni 1945 die erste Siegermacht in Deutschland, die in ihrer Besatzungszone politische Parteien zuließ. Als erstes gründete sich die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD). In den Wochen danach folgten die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD), die „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ (CDU) und die „Liberal-Demokratische Par-

tei Deutschlands“ (LDP). Die Sowjetunion behielt sich weitreichende Kontrollrechte vor und schränkte die Handlungsmöglichkeiten der Parteien stark ein. Führungspersonen mussten z. B. durch die Besatzungsmacht bestätigt werden. Die Sowjetunion unterstützte besonders die KPD. Viele ihrer Führungskräfte hatten die Kriegszeit in Moskau verbracht, waren dort geschult worden und kehrten nun nach Deutschland zurück.

### QUELLE

**Aufruf des Zentralkomitees der KPD an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945**



[https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Aufruf\\_des\\_Zentralkomitees\\_der\\_Kommunistischen\\_Partei\\_zum\\_Aufbau\\_eines\\_antifaschistisch-demokratischen\\_Deutschlands](https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Aufruf_des_Zentralkomitees_der_Kommunistischen_Partei_zum_Aufbau_eines_antifaschistisch-demokratischen_Deutschlands)



Walter Ulbricht (von 1950–1971 Generalsekretär/Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED) präsentiert am 22. April 1946 auf dem Parteitag im Admiralspalast die neue Parteifahne.

Nach der Kapitulation Deutschlands konnten sich einige Mitglieder in der KPD und in der SPD eine gemeinsame Arbeit vorstellen, um die Spaltung der Arbeiterbewegung aus der Vorkriegszeit zu überwinden. Sie waren jedoch in der Minderheit und v. a. in der SPD gab es viele, die eine engere Zusammenarbeit mit der KPD ablehnten. Sie befürchteten, dass eine gleichberechtigte Zusammenarbeit nicht möglich sein und die SPD von der KPD vereinnahmt werden würde. Anfang 1946 wurden Gegnerinnen und Gegner der Vereinigung immer stärker unter Druck gesetzt. Sie verloren öffentliche Posten, wurden eingeschüchtert oder verhaftet. Die KPD-Führung und die sowjetische Besatzungsmacht befürchteten, dass die KPD gegen die SPD in kommenden Wahlen nicht bestehen könne. In den Monaten seit der Wiedergründung der Parteien hatte die SPD mehr Mitglieder werben können als die KPD und auch bei Wahlen in anderen Staaten, z. B. in Österreich, hatte die Sozialdemokratie die Nase vorn.

### ZEITZEUGE

**Wolfgang Leonhard  
über die Zwangs-  
vereinigung von  
KPD und SPD**



[https://www.zeitzeugen-portal.de/personen/zeitzeuge/wolfgang\\_leonhard/videos/oiJaP1i2KYc](https://www.zeitzeugen-portal.de/personen/zeitzeuge/wolfgang_leonhard/videos/oiJaP1i2KYc)

Am 21. und 22. April 1946 beschloßen Delegierte beider Parteien auf einem Parteitag im Admiralspalast einstimmig die Vereinigung zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Da dieser Beschluss unter erheblichem Druck der Sowjetunion zustande kam und eben nicht in einem demokratischen Prozess gefallen war, sprechen wir heute von einer Zwangsvereinigung. Die Führungs-

positionen und Vorstandsgremien in der SED wurden zunächst paritätisch mit Mitgliedern der ehemaligen SPD und KPD besetzt. Dieses Paritätsprinzip wurde aber sehr schnell zu Gunsten einer Dominanz von KPD-Mitgliedern aufgegeben. Die ersten Parteivorsitzenden waren Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD). Ihr Händedruck war Vorbild für das neue Parteiemblem.

#### WUSSTEST DU ...

**... dass es trotz der Zwangsvereinigung noch bis zum Mauerbau 1961 in Ost-Berlin die SPD gab?**

SPD-Mitglieder, die sich der Zwangsvereinigung widersetzt hatten, blieben als SPD in Ost-Berlin organisiert. Einige von ihnen waren Mitglieder des Abgeordnetenhauses (bis 1951 Stadtverordnetenversammlung) in West-Berlin. Das SED-Regime versuchte immer wieder, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vom Eintritt in die SED zu überzeugen, ging mit repressiven Mitteln gegen sie vor und behinderte ihre politische Arbeit. Kurz nach dem Mauerbau löste sich die SPD in Ost-Berlin auf. Das Engagement ihrer Mitglieder wurde mit den neuen Rahmenbedingungen in der nun endgültig geteilten Stadt zunehmend unmöglich.

## ZENTRALE PARTEISTRUKTUREN

Die SED wurde als „Partei neuen Typus“ mit stark zentralisierten Strukturen aufgebaut. Insbesondere Lenin hatte in seinen Schriften definiert, wie eine solche Partei organisiert werden und funktionieren sollte. Neben der zentralen Parteiführung gab es Bezirks- und Kreisleitungen. An der Basis der Partei waren die Mitglieder in Grundorganisationen zusammengefasst.

An der Spitze der SED stand laut Statut der Parteitag. Seit 1947 fanden Parteitage in unregelmäßigen Abständen statt und ab 1971 alle fünf Jahre. Der Parteitag wählte das Zentralkomitee (ZK) und das ZK wiederum die beiden zentralen Führungsgremien der Partei: das Politbüro und das Sekretariat des ZK. Die Wahlen innerhalb des Parteiapparates waren nicht demokratisch. Vielmehr wurden die Ergebnisse vorher festgelegt, die Kandidatinnen und Kandidaten waren sorgsam ausgewählt.

#### KONTEXT

##### Informationsbroschüre „Wahlen in der DDR“



<https://www.aufarbeitung-berlin.de/bildungsarbeit/publikationen>



Politbüro des Zentralkomitees der SED im Juli 1968

Das tatsächliche Machtzentrum der SED war das Politbüro. Dort traf die höchste Führungsebene der SED die wichtigsten Entscheidungen für die Partei und für die DDR im Ganzen. Das Politbüro hatte rund 20 Mitglieder, darunter auch Kandidatinnen und Kandidaten ohne Stimmrecht. Es tagte immer dienstags und den Vorsitz führte der Generalsekretär (von 1953–1976 Erster Sekretär). Diesen mächtigsten Posten in der DDR hatte zunächst Walter

Ulbricht (1950–1971) inne, dann Erich Honecker (1971–1989) und schließlich Egon Krenz (1989), der nur wenige Wochen im Amt war.

Die Arbeitsbereiche des Politbüros und des Sekretariats des ZK waren nicht eindeutig voneinander abgegrenzt. Das Sekretariat führte den zentralen Parteiapparat, der die Beschlüsse des Politbüros umsetzte, und leitete die regionalen und lokalen Parteiapparate an. Etwa 2.000 Mitarbeitende orga-

#### WUSSTEST DU ...

##### ... dass nie eine Frau Vollmitglied des SED-Politbüros war?

Frauen waren lediglich Kandidatinnen – wie Margarete Müller (im Foto links hinten) – und hatten damit kein Stimmrecht. Grundsätzlich waren Frauen in der SED stets unterrepräsentiert, obwohl die Partei die Gleichberechtigung von Frauen und Männern propagierte. Im ZK der SED stieg die Frauenquote nie über 15%. Lediglich eine Frau schaffte es an die Spitze einer SED-Bezirksleitung, nur fünf Frauen führten als „1. Sekretäre“ SED-Kreisleitungen. Die Basis der Partei war ebenso männlich dominiert, nur ca. ein Drittel der Parteimitglieder waren Frauen.

nisierten im zentralen Parteiapparat in Ost-Berlin in rund 40 Fachabteilungen die Parteiarbeit. Aufgrund des Anspruchs der SED, alle gesellschaftlichen Bereiche steuern und kontrollieren zu wollen, reichte die Bandbreite der Fachabteilungen von Agitation, über Kultur und Volksbildung, verschiedene Wirtschaftszweige bis hin zu Staats-, Rechts- und Sicherheitsfragen. Der Parteiapparat existierte neben den staatlichen Organen, wies diese an und kontrollierte sie. Dies entsprach der „führenden Rolle“ der SED.

Ihren zentralen Sitz hatte die SED in Ost-Berlin. Vom „Haus der Einheit“ (Torstraße 1, heute „Soho House“) zog die Partei 1959 an den Werderschen Markt (heute Auswärtiges Amt). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprachen vom „Großen Haus“.

## LOKALE UND REGIONALE PARTEISTRUKTUREN

Auf regionaler und lokaler Ebene gestalteten sich die Parteistrukturen ähnlich wie in der Zentrale. Bis 1952 gab es fünf Landesleitungen, die mit der Bildung der Bezirke in 15 Bezirksleitungen aufgeteilt wurden. Auf der Ebene darunter agierten die Kreisleitungen der SED in den Stadt- und Landkreisen der DDR. Die Entscheidungsmacht hatten jedoch nicht diese Gremien, sondern die jeweiligen Sekretariate. An der Spitze dieser regionalen und lokalen Machtzentren stand ein 1. Sekretär.

Die Sekretariate der SED-Bezirks- bzw. Kreisleitungen kümmerten sich nicht nur um die ihnen unterstellten Parteieinheiten und darum, dass die Parteiarbeit funktionierte. Vielmehr stellten sie – immer im Rahmen der Beschlüsse der Parteiführung – alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weichen in ihren Bezirken bzw. Kreisen. Die Parteistrukturen existierten auch hier parallel zu den staatlichen Strukturen, in denen die Entscheidungen der Partei umgesetzt werden mussten. Die Sekretariate wurden unterstützt von Parteiapparaten, die in den Bezirken zwischen 150 und 180 und in den Kreisen zwischen 30 und 50 Mitarbeitende hatten.

Die SED-Bezirksleitung Berlin hatte ihren Sitz im „Großen Haus“ am Werderschen Markt. Diese Nähe zur Parteiführung spiegelte sich auch darin wider, dass die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitung Berlin in der Regel auch Mitglieder oder Kandidaten des Politbüros waren. Nach seinem Machtantritt 1971 besetzte der Generalsekretär Erich Honecker den Posten des 1. Bezirkssekretärs in Berlin stets mit engen Vertrauten, da Ost-Berlin politisch und wirtschaftlich eine

besondere Rolle in der DDR spielte. Nur die wenigsten 1. Sekretäre aus anderen Bezirken waren Teil des obersten Machtzentrums der Partei. In den elf Stadtbezirken Ost-Berlins gab es Kreisleitungen der SED.

Die Parteimitglieder an der Basis der SED waren in Grundorganisationen an ihren Arbeitsplätzen, z. B. in Betrieben,

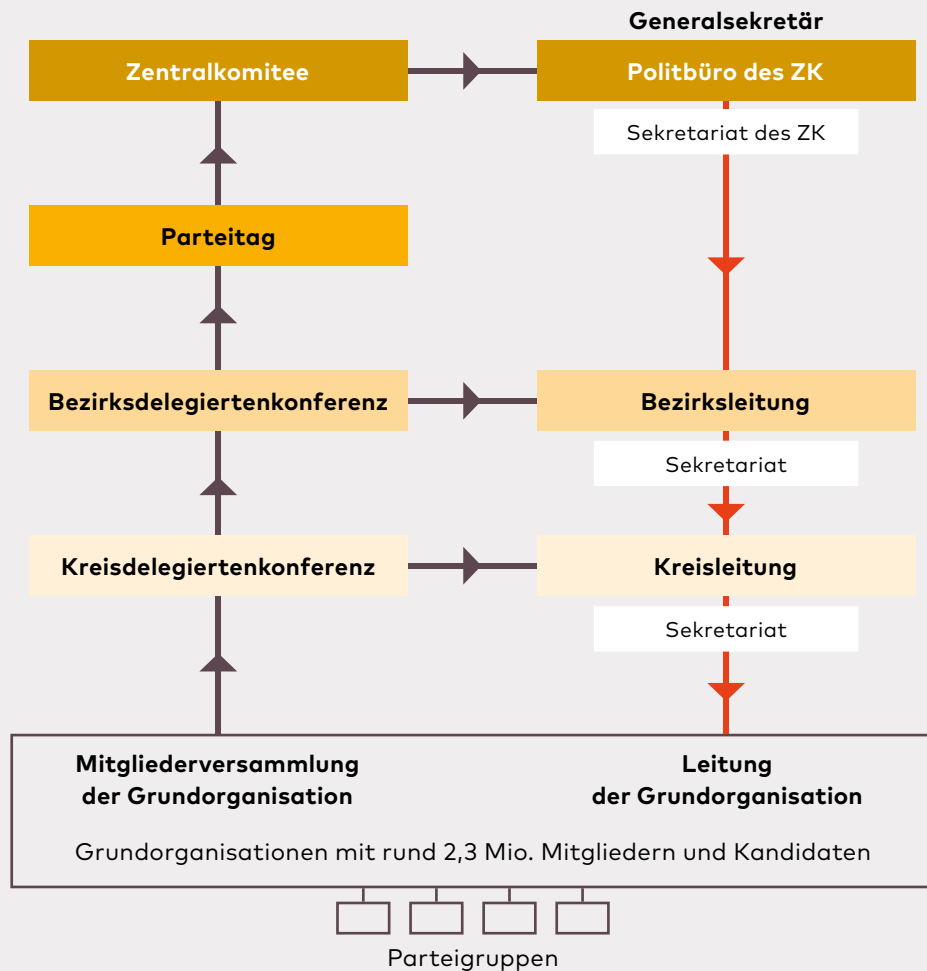
Verkaufsstellen oder staatlichen Einrichtungen, organisiert. Dort fand das Parteileben statt, denn dort sollten die Mitglieder für die Politik der Partei eintreten und ihre Kolleginnen und Kollegen davon überzeugen. Sie sollten eine Mittlerrolle zwischen SED und Gesellschaft einnehmen.

### BASISWISSEN

#### Verwaltungsstruktur der DDR

Im Jahr 1952 wurden die fünf Länder in der DDR aufgelöst und damit die letzten Spuren der föderalen Ordnung beseitigt. Dies geschah nach sowjetischem Vorbild und diente der weiteren Zentralisierung der DDR. Bis 1989 war die DDR in 14 Bezirke aufgeteilt (Cottbus, Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder, Gera, Halle, Karl-Marx-Stadt – bis 1953 Chemnitz, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam, Rostock, Schwerin, Suhl). Ost-Berlin war kein offizieller Bezirk der DDR, seit 1961 diesen aber gleichgestellt. Unterhalb der Bezirke war die DDR in 217 Kreise und Landkreise gegliedert.

## Organisationsaufbau der SED (entsprechend dem Statut von 1976)



➔ Wahl  
➔ Anleitung und Kontrolle

*In der DDR waren Wahlen nicht demokratisch und frei. Auch innerhalb der SED standen die Ergebnisse von Wahlen schon vorher fest.*

## DIE SED UND IHRE MITGLIEDER

Die SED war die mitgliederstärkste deutsche Partei nach dem Zweiten Weltkrieg – in Ost und West. 1946 startete sie mit knapp 1,3 Millionen Genossinnen und Genossen, wie ihre Mitglieder genannt wurden und sich untereinander ansprachen. Mitte der 1970er-Jahre knackte die Partei die Zwei-Millionen-Marke.

Die Gründe für einen Parteieintritt waren sehr vielfältig. Besonders bei Menschen, die noch vor dem Zweiten Weltkrieg politisch sozialisiert worden waren, spielten die politischen Überzeugungen und die Zustimmung zu den Idealen der SED eine große Rolle. Vielen bot die SED nach 1945 Aufstiegs- und Bildungschancen, sodass die Parteimitgliedschaft Teil der beruflichen Karriere wurde. Einige Funktionen auch außerhalb des Parteiapparates waren ohne SED-Mitgliedsbuch nicht erreichbar. Parteimitglieder, die bereits in der DDR geboren und politisch geprägt wurden, beschreiben ihren Eintritt häufig als logische Folge ihrer Sozialisation.

### ZEITZEUGE

**Thomas Heil über seinen Austritt aus der SED**



<https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/p4QHpfmdQ8w>

Für die Parteiführung war es immer sehr wichtig, wer sich in den Reihen der Organisation befand. Dabei legte sie nicht allein Wert auf Loyalität und Treue. Sie wollte auch immer die Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter bleiben. Deshalb war der soziale Hintergrund der Menschen, die in die SED eintreten wollten, so wichtig. Mit der Zeit wurde es immer schwieriger, den Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Partei hoch zu halten. Dies lag v. a. daran, dass immer mehr Menschen, die im Herrschaftsapparat arbeiteten oder führende Positionen in Betrieben

SED-Mitglieder erhalten  
1951 in Leipzig ihre  
Mitgliedsbücher.



## BASISWISSEN

### Mitgliedsbuch

Wer in die SED eintrat, erhielt ein Mitgliedsbuch, das auch Parteibuch oder Parteidokument genannt wurde. In diesem roten Buch wurde u. a. die Zahlung der Mitgliedsbeiträge dokumentiert. Es handelte sich aus Sicht der SED um das „wichtigste und wertvollste Dokument“ eines Parteimitglieds. Deshalb musste jedes SED-Mitglied sorgfältig damit umgehen. Ein Verlust führte zu einem Parteiverfahren und einer Strafe.

einnahmen, in die Partei eintraten. Sie waren keine Arbeiterinnen und Arbeiter mehr, sondern Angestellte. Gleichzeitig wollte die SED diese Trägerinnen und Träger ihres Regimes an die Partei binden. Nach dem Mauerbau begann die Parteiführung, verstärkt in ihre eigene Statistik einzugreifen. Deshalb ist es heute schwierig, den genauen Anteil von Arbeiterinnen und Arbeitern in der SED zu benennen. Die Forschung geht jedoch davon aus, dass in den 1970er- und 1980er-Jahren rund ein Drittel der Mitglieder tatsächlich aus der Arbeiterschaft kam.

Die Parteiführung überprüfte regelmäßig ihre Mitglieder auf Loyalität und Treue zur Partei. In den 1940er-

und 1950er-Jahren fanden Parteisäuberungen statt, u. a. um kritische Stimmen auszuschalten. Mitglieder, die aus Sicht der Parteiführung zur innerparteilichen Opposition zählten, wurden unter Druck gesetzt, kriminalisiert und letztlich ausgeschlossen. Dazu gehörten v. a. ehemalige Mitglieder der SPD. Einige von ihnen wurden sogar verhaftet und in sowjetischen Strafslagern inhaftiert. Später veränderte sich diese Praxis der Überprüfung und war weit weniger repressiv. Etwa alle zehn Jahre mussten die Mitglieder in Gesprächen Rechenschaft über ihre Arbeit für die Partei ablegen und einen Fragebogen ausfüllen. Wer diese Prüfung nicht bestand, wurde aus der Partei entfernt. Anfang der 1950er-Jahre betraf dies 750.000 Mitglieder sowie Kandidatinnen und Kandidaten, in den 1980er-Jahren nur noch knapp über 6.000.

## WUSSTEST DU ...

... dass man nicht einfach Mitglied der SED werden konnte, sondern eine Kandidatenzeit überstehen musste?

Ab 1963 war diese Zeit einheitlich auf ein Jahr festgelegt. Um Kandidatin oder Kandidat der SED werden zu können, musste man zwei Bürginnen bzw. Bürgen vorweisen. Bewährte man sich, konnte man nach einem Jahr zum Vollmitglied der Partei und damit u. a. auch in Parteifunktionen gewählt werden.

## „DIE PARTEI HAT IMMER RECHT!“

In einer „Partei neuen Typus“ waren die Mitglieder auf allen Ebenen bis hin zur Basis den Beschlüssen der Parteiführung verpflichtet, mussten sich diesen unterordnen und sie umsetzen. Diese strenge Parteidisziplin sollte die

Einheit der SED nach innen und nach außen gewährleisten. Verstöße wurden mit Strafen, die bis zum Ausschluss aus der Partei reichten, sanktioniert. Demokratische Strukturen oder Regeln galten innerhalb der Partei nicht. Stattdessen

### WUSSTEST DU ...

**... dass der Satz „Die Partei hat immer Recht!“ aus dem Parteilied der SED stammt?**

Das von Louis Fürtberg 1950 geschriebene „Lied der Partei“ war die Hymne der SED. Es erzählte von der Gewissheit, dass die SED eine bessere Zukunft schaffen werde. Im Text wurde auch dem sowjetischen Staats- und Parteiführer Josef Wissarionowitsch Stalin gehuldigt. Dieser starb 1953 und 1956 begann ein Prozess der Entstalinisierung. Die Verbrechen des sowjetischen Partei- und Staatsführers wurden aufgedeckt und die neue KPdSU-Führung distanzierte sich von ihm. Dem folgte auch die SED-Parteiführung, wenn auch zögernd. Das Lied verschwand schrittweise aus dem kulturellen Leben der Partei.

wurden im „Demokratische Zentralismus“ andere Meinungen oder innerparteiliche Diskussionen unterdrückt. Wer die Einheit der Partei gefährdete, musste sich u. a. dem Ritual der Kritik und Selbstkritik unterwerfen. In Sitzungen der jeweiligen Parteieinheit musste sich die Person der Kritik der anderen Mitglieder stellen, eigene Fehler benennen und sich den gültigen Beschlüssen unterwerfen. Dieses Ritual diente nicht dem Austausch von Standpunkten, sondern der Machtdemonstration der jeweiligen Parteiführung.

Die SED verstand sich als Avantgarde, als „bewusster und organisierter Vortrupp“ der Arbeiterklasse (Statut der SED aus dem Jahr 1950). Sie verlangte deshalb von ihren Mitgliedern, dass diese in ihrem politischen, beruflichen und auch privaten Leben vorbildhaft handeln sollten. Dies sollten sie z. B. durch hohe Arbeitsleistungen beweisen. Verhielten sich Mitglieder aus Sicht der Parteiführung falsch, konnte dies

zum Thema in der nächsten Versammlung werden. Betroffene Personen sahen sich dann vor ihren Genossinnen und Genossen mit ihrem Alkoholismus, Eheproblemen oder Gesetzesverletzungen konfrontiert. Diese Art der sozialen Kontrolle nahm jedoch in den 1970er- und 1980er-Jahren ab, auch weil sich SED-Mitglieder immer öfter dagegen wehrten oder verweigerten.

### QUELLE

**Fernsehbericht über einen vorbildlichen Genossen (1963)**



<https://www.ardmediathek.de/video/aktuelle-kamera/portraet-eines-delegierten-zum-sed-parteitag-1963/ard/YnJpZDovL2RyYS5kZS9t-ZWRpYXRoZWsvcHVib-GljYXRpb24vMzYxMjU>

## MONTAG IST PARTEIVERSAMMLUNG!

Der Montag gehörte der SED, nach Feierabend fanden in den Grundorganisationen die Parteiversammlungen statt. Die Teilnahme war Pflicht und eines der zentralen Rituale des Parteilebens. In diesen Veranstaltungen ging es weniger um einen Austausch und noch weniger um die Diskussion von Standpunkten zur Politik der SED oder zu aktuellen Beschlüssen. Es ging vielmehr um Disziplinierung und Schulung der Mitglieder. Mit Vorträgen über die neuesten Beschlüsse der Parteiführung, die Themen des letzten Parteitages oder eine Rede des Generalsekretärs erhielten die Mitglieder Informationen über die aktuelle Parteilinie.

Einmal im Monat fand das Parteilehrjahr statt, ein Schulungsabend, in dem

die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, das aktuelle Parteiprogramm oder die Geschichte der KPdSU bzw. der SED besprochen wurden. Diese Abende waren die unterste Ebene eines Schulungssystems, das von den Betriebs- und Kreisparteischulen über die Bezirksparteischulen bis hin zur Parteihochschule „Karl Marx“ reichte. Diese Schulungen sollten jedes Mitglied befähigen, die Politik und die Überzeugungen der SED vertreten zu können. In den Versammlungen kamen auch alltägliche Themen auf die Agenda: die Planerfüllung oder Produktionsschwie-



rigkeiten eines Betriebes, Probleme bei der Versorgung oder im Nahverkehr. Ab den 1960er-Jahren entwickelten sich die montäglichen Treffen der Partei auch zu einem Ort, an dem für alltägliche Probleme Lösungen gesucht

wurden. SED-Mitglieder nutzten ihren Zugang zu höheren Parteistellen, um schwierige Themen auf diesem Wege anzugehen und sich gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen als „Kümmerer“ zu profilieren.

## „WO EIN GENOSSE IST, DA IST DIE PARTEI!“

Die SED war nach dem „Produktionsprinzip“ organisiert, d. h. dass die Mitglieder an ihren Arbeitsplätzen in die Partei eingebunden waren. Einige wenige, nicht berufstätige SED-Mitglieder waren in Wohnparteiorganisationen organisiert, v. a. Rentnerinnen und Rentner oder Hausfrauen. In jedem Betrieb, in jeder staatlichen Einrichtung oder sonstigen Institution, in der mindestens drei Menschen Mitglied der SED waren, gab es eine Grundorganisation. In größeren Betrieben mit tausenden von Mitarbeitenden und damit auch einer entsprechend hohen Anzahl von Genossinnen und Genossen verästelte sich die Struktur der Partei bis in die einzelnen Arbeitseinheiten, wo Parteigruppen als kleinste Einheit agierten. In solchen Betrieben unterhielt die SED auch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wahl der Parteileitung  
der SED-Grundorganisation  
im VEB Transpress Verlag  
für Verkehrswesen Berlin,  
Oktober 1984

An ihren Arbeitsplätzen sollten die Parteimitglieder im Sinne der SED wirken und eine Klammer zwischen dem SED-Regime und der Gesellschaft bilden. Sie sollten ihre Kolleginnen und Kollegen von der Politik der Partei überzeugen bzw. Parteibeschlüsse umsetzen. Dieser Anspruch der SED drückte sich in dem Leitspruch „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!“ aus. Gleichzeitig sollten Parteimitglieder wachsam sein und an ihrem Arbeitsplatz Entwicklungen sowie das Verhalten ihrer Kolleginnen und Kollegen beobachten. So erhielt der Parteiapparat Informationen darüber, wo es Probleme gab, und konnte handeln, wenn er dies für die eigene Herrschaftssicherung für notwendig erachtete. Diese Informationen waren Teil eines umfassenden Berichtswesens, das von der Parteibasis bis in die Parteiführung reichte. SED-Mitglieder sollten auch mit Personen reden, die sich den Regeln der SED-Diktatur entzogen oder diese auch nur in Frage stellten. Darunter waren häufig Menschen, die nicht an der Wahl teilnahmen oder einen Ausreiseartrag gestellt hatten. Solche Gespräche sollten einschüchtern und die Menschen zur Folgebereitschaft zwingen. Die Genossinnen und Genossen übten soziale Kontrolle aus. Darüber hinaus gab es in der DDR viele andere Akteurinnen und Akteure, die über Menschen in ihrem sozialen Umfeld berichteten und damit zum Erhalt der SED-Herrschaft beitrugen. Am bekanntesten sind die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ der Stasi.



Treffen der Abteilungs-  
parteiorganisation der  
Brigade „Julius Fucik“  
im VEB „Heinrich Rau“  
in Wildau bei Berlin  
im Jahr 1976

## BASISWISSEN

### Stasi – Ministerium für Staatssicherheit

Die Stasi war das „Schild und Schwert“ der Partei und half als wichtigstes Überwachungs- und Repressionsorgan, die Herrschaft der SED zu sichern. Sie war Nachrichtendienst und politische Geheimpolizei und hatte Ende der 1980er-Jahre über 90.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese gingen v. a. im Inland gegen tatsächliche oder vermeintliche politische Gegnerinnen und Gegner der SED-Diktatur vor und besaßen dafür polizeiliche und strafrechtliche Möglichkeiten.

## DIE „SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI WESTBERLIN“ (SEW)

Auch in den Stadtbezirken Berlins, die 1945 unter die Kontrolle der westlichen Alliierten gestellt wurden, gründeten sich 1946 Kreisparteiorganisationen der SED. Die Strukturen der SED veränderten sich durch die zunehmende Teilung der Stadt, die letztlich durch den Bau der Berliner Mauer 1961 zementiert wurde. Ein Jahr nach dem Mauerbau gründete sich in West-Berlin die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Westberlin“, die sich 1969 in „Sozialistische Einheitspartei Westberlin“ (SEW) umbenannte. Formal betonte die SEW immer ihre Eigenständigkeit, sie blieb jedoch eine in finanzieller und politischer Hinsicht hochgradig von der SED abhängige Partei. Mehrere Millionen Mark flossen jährlich von Ost nach West. Für die meisten West-Berlinerinnen und -Berliner, die überwiegend anti-kommunistisch eingestellt waren, war die SEW keine Alternative zu den anderen Parteien. In den Wochen nach

dem Mauerbau gab es vermehrt Angriffe auf SED-Büros in West-Berlin und auch an den Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen lässt sich der geringe Zuspruch ablesen. Seit 1954 nahm die Partei an Wahlen zum Abgeordnetenhaus von West-Berlin teil. In diesem Jahr erreichte sie mit 2,7% ihr bestes Ergebnis, in den 1980er-Jahren lagen ihre Stimmanteile sogar unter 1%. Ihre Mitgliederzahlen gingen nie über etwa 7.500 Menschen hinaus. Die SEW versuchte, für außerparlamentarische Akteure anschlussfähig zu werden und gemeinsame Aktionen durchzuführen. Besonders in den 1980er-Jahren gelang ihr dies bei der Friedensbewegung. Nach dem Mauerfall und dem Machtverlust der SED stand auch die Existenz der SEW auf dem Prüfstand. Sie benannte sich zunächst in „Sozialistische Initiative“ um und löste sich dann 1991 ganz auf.

## DAS ENDE DER SED

Im Herbst 1989 kollabierte die SED-Diktatur. Für die meisten Menschen in der DDR kam diese Entwicklung überraschend, auch wenn die 1980er-Jahre in der Rückschau ein von Krisen geprägtes Jahrzehnt waren. Die DDR befand sich in einer wirtschaftlichen Krise, die Versorgungslage war schlecht und in der Sowjetunion regierte seit 1985 Michail Gorbatschow, der politische und wirtschaftliche Veränderungen anstieß. Gleichzeitig formierten sich in der DDR oppositionelle Gruppen und stellten die Deutungshoheit der SED in Frage. Ab Sommer 1989 setzte eine Massenflucht aus der DDR ein und im Herbst 1989 schlossen sich immer mehr Menschen der Protestbewegung an. Die SED-Führung wusste auf all dies keine Antworten. Diese Entwicklungen machten auch vor den SED-Mitgliedern in den Grundorganisationen keinen Halt, die tagtäglich im direkten Kontakt mit ihren Kolleginnen

### KONTEXT

„1989/90“ – Informationsbroschüre des BAB



<https://www.aufarbeitung-berlin.de/bildungsarbeit/publikationen>

und Kollegen die Herrschaft ihrer Partei umsetzen sollten. Schon im Verlauf der 1980er-Jahre war dies immer herausfordernder. Die Informationen der Partei passten immer weniger zu den realen Problemen. Die Parteiführung verlor zunehmend die Unterstützung ihrer eigenen Basis, die sich im Stich gelassen fühlte. 1989 zeigte sich dies in einer größeren Austrittswelle. Von Januar bis Oktober verließen mehr als 30.000 Mitglieder die SED. Im Vergleich zu den 5.000 bis 8.000 Austritten, die es vor 1989 pro Jahr gab, war dies ein dramatischer Anstieg.



Protest gegen die SED-Diktatur am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin

Am 18. Oktober 1989 trat Erich Honecker als Generalsekretär der Partei zurück, Egon Krenz beerbte ihn. Doch auch dieser Führungswechsel riss das Ruder nicht mehr herum. Wenige Wochen später, am 8. November 1989, demonstrierten zum ersten Mal öffentlich Parteimitglieder gegen ihre Führung und kündigten damit ihre Folgebereitschaft auf. Vor dem Sitz des ZK forderten sie einen Sonderparteitag. Die Macht der SED zerfiel in den kommenden Wochen. Am 3. Dezember trat die Parteiführung geschlossen zurück, viele lokale und regionale Parteifunktionäre hatten dies schon in den Wochen zuvor getan. SED-Mitglieder verließen scharenweise ihre Partei. Bis Anfang 1990 waren es mehr als eine halbe Million.

Am 8. und 9. Dezember 1989 fand ein Außerordentlicher Parteitag statt, auf dem eine neue Führung unter Gregor Gysi gewählt und die Partei in SED-PDS umbenannt wurde. Eine Auflösung der Partei fand nicht statt, auch um das umfangreiche Parteivermögen nicht zu verlieren.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)  
Franz-Jacob-Str. 4 B  
10369 Berlin  
[www.aufarbeitung-berlin.de](http://www.aufarbeitung-berlin.de)

**Autorin:** Dr. Andrea Bahr

**Erschienen:** April 2026

**Gestaltung:** [www.dunkelau-lemke-stach.de](http://www.dunkelau-lemke-stach.de)

Der Herausgeber ist für den Inhalt der aufgeführten externen Internetseiten nicht verantwortlich.

### Bildnachweise

Titel Bundesarchiv, Bild 183-W0910-305/Abraham Pisarek  
S. 5 Bundesarchiv, Bild 183-1986-0417-414/Franke, Klaus  
S. 7 Bundesarchiv, Bild B 145 Bild-D00011333/Puck-Archiv  
S. 16 Deutsche Fotothek/Roger und Renate Rössing  
S. 20 Horst Riederer, [www.bildarchiv-riederer.de](http://www.bildarchiv-riederer.de)  
S. 23 Bundesarchiv, Bild 183-R0212-420/Manfred Siebahn  
S. 26 picture-alliance/ZB/Günter Gueffroy



**Berliner Auftraggeber  
zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur**